Beschluß

In dem Schiedsverfahren
des Mitglieds P aus L,

Antragstellerin und Beschwerdeführerin,

gegen

die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes L vom 15. Mai 2000, vertreten durch ihr Präsidium,
dieses vertreten durch B aus L,

Antrags- und Beschwerdegegnerin,

Az.: BSchG GRUENE 00-15(SLH vom 27.9.00)

hat das BSchG am 2. November 2000 durch seinen Vorsitzenden Müller-Gazurek beschlossen:

**Die Beschwerde der Antragstellerin gegen die Terminfestsetzung durch das LSchG
Schleswig-Holstein wird als unzulässig verworfen.**

Gründe I.

Die Antragstellerin wendet sich in der Hauptsache gegen ihre Abwahl als Kassenprüferin des Kreisverbandes L durch die Antragsgegnerin.

Das BSchG hatte die Sache, da damals ein LSchG in SLH nicht bestand, an das LSchG Hamburg zugewiesen (Beschluß vom 28. Mai 2000 - BSchG GRUENE 00-04). Das LSchG HH hat die Sache, nachdem ein LSchG in SLH gewählt worden war, an dieses abgegeben. Die Vorsitzende des LSchG SLH hat am 27. September 2000 Termin zur mündlichen Verhandlung und Entscheidung auf den 3. November 2000 anberaumt. Dagegen wendet sich die Antragstellerin mit ihrer Beschwerde vom 9. Oktober 2000, mit der sie den Erlaß einer einstweiligen Anordnung beantragt.

II.

Der Antrag ist unzulässig, der gesamten Rechtsordnung sind Rechtsmittel gegen prozeßleitende Verfügungen fremd.

Die Bundessatzung -BS- bestimmt, dass das Bundesschiedsgericht- BSchG- über Beschwerden gegen

Entscheidungen der Landesschiedsgerichte entscheidet (§17 BS). Die Bundeschiedsordnung -BSchO- bestimmt in § 7, dass die Verfahrensvorbereitung, insbesondere die Terminsbestimmung dem Vorsitzenden obliegt. Dementsprechende Bestimmungen enthalten die Landesschiedsordnungen. Bereits daraus wird deutlich, dass zwischen Entscheidungen und deren Vorbereitung, wie aus dem Begriff Verfahrensvorbereitung deutlich wird, unterschieden wird. Das BSchG jedoch ist ausschließlich zur Entscheidung über die Beschwerden gegen Entscheidungen der LSchGe berufen.

Da eine solche noch nicht ergangen ist, besitzt es keine Zuständigkeit, so dass der Antrag unzulässig ist. Der Satzungsgeber war offenbar, wie der Gesetzgeber in den Prozessordnungen der staatlichen Gerichte der Auffassung, dass fehlerhafte prozeßleitende Verfügungen nicht gesondert angegriffen werden sollen, sondern dass Mängel insoweit im Beschwerdeverfahren über die Entscheidungen des LSchG vorgebracht werden sollen.

Dementsprechende Regelungen enthalten z.B. die ZPO (§ 227 Abs. 2), die VwGO (§ 146 Abs. 2) und das SGG (§ 172 Abs. 2).